

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Abdruck an jedem Werktag nachmittags. Bezugspreis: durch die Post frei Haus Monat 29 Pf.; Vierteljahr 75 Pf.; halbes Jahr 1.25 Mk.; durch unsere Ausdräger in Herborn Monat 75 Pf.; Vierteljahr 2.25 Mk.; in unserer Geschäftsstelle abgeholt Monat 65 Pf.; Vierteljahr 1.85 Mk. — Druck und Verlag der J. M. Beck'schen Buchdruckerei, Otto Beck, Herborn.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-gelappte Anzeigenzeile 15 Pfg., die Reklamenzeile 40 Pfg. Bei unregelmäßigen Wiederholungs-Aufnahmen entsprechend billiger; für umfangreichere Aufträge gütigste Zeilenablässe. Offertenannahme od. Auskunft durch die Geschäftsstelle 25 Pfg. Annahme kleinerer Anzeigen bis 10 Uhr vormittags, größere tags vorher. Geschäftsstelle: Kaiserstraße 7. — Fernsprecher: Nr. 20.

Nr. 41.

Samstag, den 17. Februar 1917.

73. Jahrgang.

Auf der Suche.

Der Redebetrieb in England hat wieder einmal eine bedauerliche Höhe erreicht, immer ein Zeichen dafür, daß etwas faul ist im Staate der Großmächtigkeit. Es gilt, die Gemüter zu beschwichtigen im Angesicht des ungeheueren deutschen Unterseebootkrieges, und da vergeht kein Tag, an dem nicht dieser oder jener Minister dem Volk mit aller der Breitpurigkeit, die dem bösen Gewissen verzeihen kann, als Marke angeheftet zu sein pflegt, das Blau vom Himmel herunterphantasiert über die Vorlesungen, die sie zum Schutz des britischen Handels gegen deutsche Seeräuber stets gehalten haben, auch jetzt wieder treffen und in alle Richtungen hinein treffen werden. Mit den Erfolgen dieser Vorlesungen ist Herr Bonar Law zufrieden, auch Admiral Jellicoe ist mit ihnen nicht unzufrieden, und fragt man gar den obersten von allen, den Premierminister Lloyd George, so wird er klipp und klar beweisen, daß die deutsche U-Bootgefahr im Grunde schon völlig überwunden ist. Aber trotzdem ist man immer noch auf der Suche nach neuen Abwehrmitteln gegen diese widerwärtige Bestie, und die besten Hirne Englands sind angestrengt damit beschäftigt, noch sinnreichere, noch wirksamere Fallstricke auszuhecken, in denen sich diese kleinen Piratenschiffe rettungslos verfangen müssen. Also: mein Lieber, was willst du noch mehr?

Wachen wir einmal einen Gang in das englische Oberhaus. Da bestellt sich die Regierung eine patriotisch betonte Anfrage des als Flottenfachmann bekannten Lord Bessborough, ob auch alles in Ordnung sei im Kampf gegen die U-Boote, ob sie möglichst viel Erleichterungen von Handelsschiffen veranlaßt, ob sie Maßnahmen getroffen habe, um die Entladung der Schiffe möglichst zu beschleunigen, die Förderung der Kohlenbergwerke zu steigern, die Zahl der kleinen Torpedojäger zu vermehren und ob sie vor allen Dingen mit der Bewaffnung von Handelsschiffen kräftig fortfähre. Schon zu Anfang 1915 habe man die U-Bootgefahr amtlich als — überwunden erklärt, da müsse es doch jetzt damit noch ungleich besser bestellt sein, zumal die Admiralität über neue Erfindungen an ihren Gebieten verfüge und inzwischen umfangreiche Erfahrungen mit der neuen Kampfweise gemacht worden seien. Britische Seeleute würden sich nie und nimmermehr durch die Piraten vom Meere verjagen lassen, sie würden nicht eher ruhen, als bis die Barbaren zur See, die jetzt mit Blut der Verzweiflung wie wild um sich schlugen, mit Dampf und Stiel ausgerottet wären. Nun kam die Admiralität an die Reihe. Mit der größten Energie ließ sie das hohe Haus wissen, würden alle von Lord Bessborough angegebenen Hilfsmittel angewendet, und nicht nur diese, sondern noch viele, viele andere. Alles, was menschlicher Geist nur erfinden könne, werde benutzt, um das Meer als sichere Handelsstraße offen zu halten gegen die deutsche U-Bootgefahr, und man werde es schon durchsehen, daß nach wie vor nicht nur die See an der Front mit allem Nötigen versehen und die Verpflichtungen gegen die englischen Bundesgenossen erfüllt, sondern auch von den Neutralen die nötigen Vorräte für das Land beschafft wurden. Nach der Admiralität das Handelsministerium: die Zahl der mit Geschützen bewaffneten Handelsschiffe sei gegen Anfang Dezember 1916 um 40 bis 50 % gestiegen. Man sei ferner mit der Ausführung eines neuen Schiffbauprogramms beschäftigt und verheute in jeder

Weise, durch Abmachungen mit den überseeischen Gebieten und Kolonien, mit den Allierten und Neutralen Schiffe zu erhalten. Durch den Neubau von Schiffen nach einem einheitlichen Muster hoffe man die Flotte um eine halbe Million Tonnage zu vergrößern (bis wann?), und endlich sei man damit beschäftigt, die Einfuhr neuerdings erheblichen Beschränkungen zu unterwerfen, insbesondere würde sie, soweit nicht absolut notwendige Dinge in Frage kommen, ganz und gar verboten werden. Alles in allem demnach ein Gemisch von Andeutungen und Ankündigungen in holdem Verein mit den für englische Staatsmänner unentbehrlichen Beschimpfungen des Gegners, die wir nachgerade vermissen würden, wenn sie einmal versehenlich ausbleiben sollten. Und wie die „Abmachungen“ mit den Neutralen aussehen, wissen wir ja auch zur Genüge: z. B. mit Griechenland, dessen gesamte Handelsflotte die Engländer einfach „gekauft“, auf deutsch: weggenommen haben, um sie in ihrer bekannten Skrupellosigkeit der deutschen U-Bootgefahr auszuheben. Eine Weile meinen sie es jedenfalls auf diese Weise noch aushalten zu können, und Zeit gewonnen — alles gewonnen.

Inzwischen sind auch unsere U-Boote auf der Suche, und wir können mit den Ergebnissen ihrer Streifzüge durch die Meere recht zufrieden sein. So, wenn wir hören, daß von sieben Dampfern, die eines von ihnen zur Strecke brachte, fünf mit zusammen 18 100 Tonnage Getreide, zwei mit 1700 Tonnage Sprengstoff, ein anderes Schiff mit Grubenholz und zwei Segler mit Kohlen beladen waren, ungerechnet einen weiteren Dampfer mit 4000 Tonnage Kohlen für Italien. Allen Respekt vor den geistigen und materiellen Anstrengungen der Engländer; sie sind gewiß die letzten, die vor einem Stärkeren klein beigeben, ehe sie nicht alles versucht haben, um ihn unterzukriegen. Aber diesmal wird es ihnen doch nichts helfen; jetzt haben wir den Knebel in die Hand genommen, und unsere blauen Jungen werden ihn nicht wieder loslassen, bis sie am Ziele sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Anlässlich der Erhebung der Getreidebestände und der für den 1. März angeordneten Viehzählung und Kartosfelbestandsaufnahme ist eine Mahnung des Reichskanzlers an die Landwirte ergangen, die ihnen die äußerste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte zur Pflicht macht. Der Reichskanzler verkennt nicht, daß die Bestandsaufnahmen erneute Anforderungen an die Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und der zum größten Teil mit Amtsgeschäften wie mit eigenen landwirtschaftlichen Arbeiten überlasteten ländlichen Ortsbehörden stellt. Aber es gilt die Versorgung unseres Heeres und der größtenteils mit Arbeiten für dessen Rüstung beschäftigten städtischen Bevölkerung. Der Reichskanzler vertraut, daß die deutschen Landwirte und Landwirtinnen ihre Pflicht gegen das Vaterland voll erfüllen werden.

* Amtlich wird mitgeteilt: Von den Geldsendungen an Kriegsgefangene und zivilinternierte Deutsche in Frankreich wurden bis 1. Dezember 1916 von der französischen Regierung 20 % einbehalten. Von diesem Tage an werden die Geldsendungen überall wieder zum vollen Betrage voll ausgezahlt. Die einbehaltenen Beträge werden den Empfängern, wie

die französische Regierung amtlich mitgeteilt hat, nachträglich vergütet.

Italien.

* Trotz aller Anstrengungen des englischen Botschafters Kennell Robb und der Konferenz in Rom will die italienische Regierung von der Einheitsfront des Verbandes immer noch nichts wissen. Der italienische General Marzani, der die Einheitsfront in einem Zeitungsartikel als unumgängliche Forderung bezeichnete, ist vom italienischen Oberkommando verleugnet worden und hat obendrein noch ein territoriales Kommando erhalten. Außerdem hat das Oberkommando verboten, daß Offiziere, die irgendwie am Krieg teilgenommen haben, während der Dauer des Krieges irgendeinen Artikel über Kriegführung schreiben. Damit nicht genug, bringt „Esercito Italiano“, das italienische Militärwochenblatt, noch einen langen Artikel gegen Marzani, in dem dargelegt wird, daß die Einführung einer einheitlichen Leitung praktisch ein Ding der Unmöglichkeit sei. Der Verband habe bisher noch keinen Napoleon gefunden, dem sich alle Heere willig beugen würden. — Italien führt eben nach wie vor seinen eigenen Krieg und steht seinen Verbündeten mit wohlverdientem Mißtrauen und Eifersucht gegenüber.

* Die Presse wendet sich scharf gegen die Wirkung, die das amerikanische Kulturgesetz, das den Zugang von Analphabeten unterbinden will, auf die italienische Einwanderung in Amerika haben müsse. Italien werde durch das Gesetz an erster Stelle getroffen werden. Von 700 000 Einwanderern in Amerika habe Italien etwa 300 000 gestellt, von denen der größte Teil weder hätte lesen noch schreiben können.

Türkei.

* Der türkische Finanzminister Dschawid Bei hat in seiner Antrittsrede dem Ausbau der türkischen Wirtschaftspolitik mit deutscher Hilfe die günstigsten Aussichten eröffnet. Die deutsche Regierung hat der Türkei eine Vorstufendarleihe von 42 1/2 Millionen türkischer Pfund bewilligt. Seit Beginn des Krieges sind von Deutschland und Österreich der Türkei 70 Millionen vorgeschossen worden, alle rückzahlbar spätestens elf Jahre nach dem Kriege. Die deutschen Staatsmänner hätten erklärt, daß sie der Türkei das nötige Geld zu geben gewillt seien, um ihr zum wirtschaftlichen Aufblühen zu verhelfen. Es bedauere die Hoffnung, nach dem Kriege könne man von 100 bis 150 Millionen Pfund ins Land zu bringen, dann sei unter der Bedingung, daß dieses Geld für Ackerbau, Eisenbahnen, Straßenbauten, Fabriken usw. gute Verwendung finde, die Türkei zehn Jahre später imstande, ihre ordentlichen Ausgaben sowie die Zinsen und Amortisierung der Staatsschuld, die vor dem Kriege bestand, als auch derjenigen Staatsschulden, die im Laufe des Krieges hinzukamen, zu decken. Aber es genüge nicht, daß Deutschland das Geld leihe. Es tue auch not, daß die Türkei eine gesicherte finanzielle und wirtschaftliche Politik befolge.

Amerika.

* Die aufständische Bewegung auf Kuba ist anscheinend sehr ernst. Zahlreiche Offiziere der Regierungsmiliz sollen sich ihr angeschlossen haben. Natürlich verurteilt die Presse des Verbandes nicht, sie auf deutsche Wuchschancen zurückzuführen. Der amerikanische Staatssekretär Lansing warnt die Bevölkerung von Kuba in einer

Ingeborg.

Roman von Fr. Lehne.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Professor Krammer hielt jetzt eine kurze, halb traurige, halb scherzhafte Rede, indem er dem alten Mann den Abschied gab und das neue willkommen hieß.

Die feierliche Stimmung war bald wieder verschwunden, und man gab sich von neuem der Fröhlichkeit hin. Unbemerkt entfernte sich Ingeborg von der Gesellschaft; sie mußte einige Minuten der Sammlung haben.

Im Salon brannte noch immer der Weihnachtsbaum; die niedergebrannten Kerzen waren durch neue ersetzt worden. Ingeborg sah träumend da, die Hände im Schoß gefaltet und in den Lichtglanz blickend. Ihre Gedanken drehten sich um Dietrich Steinbeck, den bösen, über alles geliebten Mann. Und die Vergangenheit wurde lebendig in ihr. Sie sah sich auf dem Bodens Balken stehen, und wie sie auf Hedis zuredete dem hübschen Wägenknecht die Rose zu. Jede Einzelheit jenes Nachmittags und Abends stand in ihr so deutlich, seine gewinnende Freundlichkeit zu ihr, dem schüchternen Mädchen, und dann zuletzt das Schreckliche, das Süße — sein Kuß — und die Strafe für diese Verwegenheit, die ihn so arg getroffen, daß er es ihr bis heute noch nicht hatte vergessen lassen!

Ein Licht knisterte neben ihr, es war fast ausgegangen und hatte den Zweig, auf dem es befestigt war, ergriffen. Ingeborg erhob sich und verließ es, und sah sie Dietrich von Steinbeck in der Tür stehen, der unverwandt nach ihr blickte. Er hatte sie vernimmt und war ihr nachgegangen.

Unwillkürlich legte sie die Hand aufs Herz — „wie mich erschreckt haben —“ sagte sie leise.

Er trat einen Schritt näher.

„Hob' ich das? Dann bitte ich um Verzeihung. Sie waren so in Ihre Gedanken versunken —“

Sie wurde ein wenig rot. Wenn er ahnte, welcher Art sie waren, mit wem sie sich beschäftigt hatten —!

„Ich möchte Sie nicht stören,“ fuhr er fort.

Sie schüttelte den Kopf.

„So darf ich einen Augenblick bleiben?“ Er zog einen Stuhl zu sich heran und setzte sich ihr gegenüber.

„Sie sind so ernst heute abend — ja, ja, widersprechen Sie nicht. Ihre Heiterkeit ist nicht echt.“

Wie er sie genau beobachtet hatte!

„Möglich, daß ich heute nicht so in der Stimmung bin! Am liebsten wäre ich heute ja zu Hause, für mich allein, geliebt. Aber Frau von Franzius redete mir so zu, daß ich nicht widerstehen konnte.“

Unverwandt betrachtete er sie und in seine Augen trat wieder jenes Aufleuchten, das sie so oft schon bemerkt hatte. Ihre Blicke ruhten ineinander, und diesmal schlug sie die Augen vor seinem heißen Blick nicht nieder.

Das Lachen, Plaudern und Klavierspiel der Gesellschaft klang gedämpft zu ihnen hin in diesen stillen Raum. Und Ingeborg sah, wie der Mann vor ihr mit sich kämpfte, sie nicht an seine Brust zu reissen, wie das Verlangen immer mächtiger in ihm wurde und sie lähelte in berückender Weise.

Da erhob er sich jäh und stand tief aufatmend und ihr halb den Rücken kehrend da.

Er begriff nicht, welche Macht hatte dieses Mädchen über ihn; er wollte fort, wollte ihre Nähe fliehen und doch hielt es ihn mit tausend Banden.

Da war sie leise neben ihn getreten — ihre Lippen berührten seine Wange schüchtern, zaghaft, und mit süßer Stimme fragte sie: „Tut es noch immer weh?“

„Inge —“

Mit einem halbunterdrückten Aufschrei riß er sie da in seine Arme. „Inge, du“ und er preßte seinen

Mund auf den ihren. Sie erbeute unter seinem Kuß, und bitterlich aufweinend schlug sie die Hände vor das Gesicht — „o Gott, was hab' ich getan —!“

Er hielt die Widerstrebende fest. „Was denn, meine Inge?“ und er streichelte ihr tränenüberströmtes Antlitz.

„Nicht, nein, nein.“

Sie befreite sich aus seinem Arm. „Mein Gott,“ rang es sich von ihren Lippen, und in tiefer Scham erbeute ihr Körper. Jetzt konnte sie das Ungeheuerliche nicht fassen, das sie begangen — einen Mann zu küssen, der ihr bis heute stets wie ein Fremder begegnet war! Aber es war da etwas in ihr gewesen, etwas Uebermächtiges, das sie förmlich dazu gezwungen, den kaum auftauchenden Gedanken auch schon auszuführen, denn sie liebte ja den Mann aus der Tiefe ihres heiß empfindenden Herzens, hatte ihn geliebt, so lange sie ihn kannte, vom ersten Sehen!

Er zog ihr die Hände vom Gesicht und hielt sie fest. „Du du, warum weinst du denn? nicht weinen! Ich kann die Tränen nicht sehen, du holdes Mädchen.“

„Ich wollte gut machen, was Sie nicht vergessen konnten,“ stammelte sie, das Antlitz von tiefer Glut überglühend.

„Weiß ich es nicht wollte, um mich gegen dich zu wehren! Ich bin dir ja immer gut gewesen, Mädchen, und eben darum hab' ich meinen Groll künstlich aufrecht erhalten! Aber nun hab' ich's doch vergessen.“

Er umschlang sie von neuem. „Inge, du Süße, du liebst mich doch?“

Sie nickte und lächelte unter Tränen, „wüßtest du, wie sehr, du lieber, böser Mann.“

So selbstverständlich kam das „du“ von beiden Lippen, und selig sahen sie sich an.

„Warum hast du mich nur so gequält und dich! Ich war manchmal so unglücklich,“ sagte sie leise.

„Ja, du hast recht — warum! Seht aber bist du mein, sprich nicht mehr davon! Es ist vergangen, be-

Note, indem er darauf hinweist, daß die amerikanische Regierung keine aus der Revolution hervorgegangene Regierung anerkennen könne. Kuba ist dem Namen nach ein Freistaat unter „Schutzherrschaft“ der Vereinigten Staaten. Präsident ist s. St. Mario G. Menocal. Die Revolution steht, wie man weiter hört, unter Führung des früheren konservativen Präsidenten Gomez, der mit dem konservativen Kandidaten Sagas dem Liberalen Moncal die Präsidentschaft streitig macht. Die Vereinigten Staaten sympathisieren mit dem letzteren und drohen mit Intervention. — Auch in Mexiko ist die Lage sehr beunruhigend.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Febr. Wie mit Bestimmtheit verlautet, wird dem Reichstag eine neue Kriegskreditvorlage zugehen, deren Höhe auf 15 Milliarden Mark angegeben wird.

Berlin, 15. Febr. An Stelle des Regierungsrats Dr. Dons übernahm die Leitung des Kriegswucheramts Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Machatius.

Schwerin i. M., 15. Febr. Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin hat sich in Gera mit der Prinzessin Viktoria Feodora von Ruß jüngerer Linie, der ältesten Tochter des regierenden Fürsten von Ruß, verlobt.

Böden, 15. Febr. Der hier zur Kur weilende bulgarische König Ferdinand sprach in einem Telegramm nach Berlin seinen herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme der bulgarischen Künstler und Schriftsteller in Deutschland und die Hoffnung aus, daß das innige Freundschaftsband zwischen beiden Nationen sich immer fester knüpfe.

Sag, 15. Febr. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff ist in New York eingetroffen und schiffte sich heute dort ein. Der amerikanische Botschafter Gerard hat sich von Bern nach Paris begeben.

Lugano, 15. Febr. Wie die Mailänder „Verferenza“ meldet, glaubt man in italienischen politischen Kreisen, daß Sonnino größte Aussicht hat, Ministerpräsident zu werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(58. Sitzung.) Sa. Berlin, 15. Februar.

Der Antrag auf Vermehrung der Mitgliederzahl der Staatsschuldenkommission wird in dritter Lesung angenommen. Vorgetragen wird die zweite Lesung des

Staats des Innern.

Abg. Reinert (Soz.) fordert schärferes Vorgehen auf dem Lande, um die allgemeine Volksernährung zu sichern. In den Städten müssen Lebensmittelämter errichtet werden, an denen alle Volksteile beteiligt sind. Ohne die Arbeiter und ihre Vertretung, die Gewerkschaften, hätten Sie diesen Krieg gar nicht führen können. Diese Heranziehung wird auch nach dem Siege politisch nutzlos sein. Bisher wurde das Volk politisch gebildet, das muß vorbei sein. Auch viele Kriegsbeschädigten sind Schuld an der Verarmung. Die Verarmung ist eine Schmach für die Zeit. Wir verlangen das freie Koalitionsrecht für alle Arbeiter. Wir verlangen keine Reform des Herrenhauses, sondern seine Abschaffung. Die Wahlreform muß vor den nächsten Wahlen gemacht werden. Das mindeste, was kommen muß, ist das Reichstagswahlrecht für Preußen. (Rufen rechts.) Auch die Frauen werden auf Grund der Kriegserfahrungen das Wahlrecht bekommen müssen.

Abg. v. Franzen (Vole) bespricht die ungünstige Lage der politischen Söldnerarbeiter und wendet sich gegen einen Antrag auf Durchführung politischer Arbeiter zur Landwirtschaft. Es ist unverständlich, wie die Rede Koriantos einen derartig drohenden Ton beim Minister auslösen konnte. Koriantos hat nicht mehr verlangt, als was die Verfassung den Polen zuspricht. Trotz aller Vorurteile ist die preussische Polenpolitik unverändert beibehalten worden. Wir sind bereit, nach wie vor einen Schritt unter die Vergangenheit zu machen und in die Hand des Ministers einzuschlagen, aber er darf dann in der anderen Hand nicht verstreut den Dolch der Ausnahmegeetze halten. Wir wollen mit den Deutschen als Freie unter Freien leben.

Minister des Innern v. Voelckel: Für eine möglichst milde Praxis in der Behandlung der russisch-polnischen Arbeiter ist gesorgt. Die politischen Arbeiter, die in der Landwirtschaft tätig sind, müssen auch darin bleiben, das liegt im Interesse der Volksernährung. Den Wünschen der preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität soll nach Möglichkeit entgegengekommen werden. Das ist wiederholt erklärt worden, und deshalb mußte die Rede des Abg. Koriantos den Eindruck einer Streitreue ersten Ranges machen. Die Ansiedlungskommission hat seit Kriegsbeginn ihre Amtstätigkeit nahezu eingestellt. Begründeten Beschwerden wurde überall nachgegeben. Das wird auch weiterhin geschehen. Mögen nun auch die Polen ihrerseits zu einer anderen Haltung gegenüber der Regierung kommen (Beifall).

Abg. Cassel (Vp.) spricht für die Gleichberechtigung der Polen unter Beibehaltung des Rechtes der Deutschen im

Sten, gegen den Lebensmittelwucher und für die Reform des Wahlrechts, die vor den nächsten Wahlen erfolgen müsse. Nächste Sitzung morgen.

Die Lage in Nordamerika.

Aus New York meldet „United Press“, die Regierung der Vereinigten Staaten werde in kurzem über die Bewaffnung und Ausfahrt amerikanischer Rauffahrtsschiffe entscheiden. Die Regierung werde alles der privaten Initiative überlassen, weder Kanonen und Kanoniere stellen, noch direkte und formelle Ratsschlüsse für die Bewaffnung der Schiffe geben. Andererseits werde sich die Regierung nicht gegen die Bewaffnung der Schiffe erklären und den Reedern die Möglichkeit geben, sich Kanonen und Mannschaften zu verschaffen.

Der Vizepräsident des Senats brachte nach Reuter einen Gesetzentwurf ein, der bezweckt, die Häfen der Union für Kriegsschiffe der Entente zu öffnen, welche Handelschiffe begleiten, um diese gegen deutsche U-Boots-Angriffe zu sichern. Auch soll solchen Kriegsschiffen erlaubt werden, in amerikanischen Gewässern gegen deutsche Rauffahrtsschiffe zu patrouillieren. Saalsburg sagt in Erläuterung des Entwurfs, dieser könne in der gegenwärtigen Krise zweckmäßig wirken, ohne daß die Union Deutschland den Krieg zu erklären brauche.

Anhäufung von Gütern.

Die „Times“ teilt aus New York mit, daß eine gewaltige Anhäufung von Gütern auf den Schiffsladepätzen und Güterbahnhöfen entstanden ist. Nach einer Schätzung werden über eine Million Tonnen Stahl, welche ausgeführt werden sollten, in New York aufgehalten. Tausende von Güterzügen können wegen Mangels an Schiffsraum ihre Ladungen überhaupt nicht löschen. Der Getreidetransport stockt vollständig. In Chicago lagern die vierfachen Mengen des Getreides, das sonst in normalen Zeiten vorhanden war. Im Osten liegt so viel Getreide, daß man dort für neue Sendungen überhaupt keinen Platz mehr hat.

Deutschland regte keine Verhandlungen an.

Bern, 15. Februar.

Eine redaktionelle Bemerkung im „Bund“ besagt: Wie wir aus zuverlässiger, nicht deutscher Quelle, erfahren, ist die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie zu Verhandlungen mit Amerika bereit sei, unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Handelsbarriere, lediglich eine Antwort auf eine ihr durch den schweizerischen Gesandten in Washington zugegangene Anregung gewesen. Von wem diese Anregung in Washington ausgegangen ist, war aus der Mitteilung des schweizerischen Gesandten nicht ersichtlich.

New York, 15. Februar.

Hier haben Friedenskundgebungen stattgefunden, wobei deutsche Lieder gesungen wurden. Am 12. Februar wurden in Washington verschiedene Friedenskundgebungen von Deutsch-Amerikanern abgehalten. Der sozialistische Bürgermeister von Minneapolis tadelte Wilson wegen des Abbruchs der Beziehungen und forderte die Arbeiter auf, sich im Kriegsfall zu weigern, die Waffen zu ergreifen.

Neutrale Proteste.

Kopenhagen, 15. Februar.

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung haben dem deutschen und dem österreich-ungarischen Gesandten Noten gleichen Wortlautes übermittelt, welche gegen die von Deutschland und Österreich-Ungarn geplante Sperre gewisser Seegebiete Einspruch erheben. Die Regierungen protestieren in aller Form gegen die vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich etwaiger Verluste an Menschenleben und materiellen Schäden. Die skandinavische Presse betont, eine unparteiische Neutralität gegen die Mittelmächte sei selbstverständliche Voraussetzung.

Berlin, 15. Februar.

Der hiesige chinesische Gesandte hat eine Note überreicht, in der gegen die neuen Maßnahmen für den U-Boot-Krieg Einspruch erhoben wird. Die Meldung feindlicher Depeschendienste, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe oder daß ein solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzutreffend.

Weitere Nachrichten.

Stockholm, 15. Febr. „Aftonbladet“ fragt, warum die

Amerikaner, die auf das Recht freier Fahrt für amerikanische Fahrzeuge pochen, dieses Recht nicht durch eine Fahrt in Hamburg, Stettin oder Triest beweisen.

Bern, 15. Febr. Der „Tempo“ sagt: Nach bestimmten Informationen haben die Dampfer „Rochester“ und „Cicero“ (die sogenannten Probendampfer) die amerikanischen Gewässer noch nicht verlassen.

Rotterdam, 15. Febr. „Morning Post“ meldet: Washington: Das Kabinett beriet gestern über die Bewaffnung von Handelsdampfern. Obgleich eine amtliche Mitteilung nicht erfolgte, verlautet, daß im Kabinett Meinungen über die Bewaffnung herrschen.

Der Krieg.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Eine feindliche Stellung in der Champagne erstärmt.

21 Offiziere, 837 Mann gefangen.

Großes Hauptquartier, 16. Febr. (W.B. Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Armentieres, südlich des Kanals La Bassée und im Somme-Gebiet war die Artillerie bis in die Nacht geheizert. Ansammlungen feindlicher Infanterie in den Gräben nördlich von Armentieres, von Lens und auf beiden Ancre-Ufern wurden von unserer Vernichtungsfeuer genommen; Angriffe haben daher nicht entwickelt.

Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne wurde südlich von Reims wirksamer Vorbereitung durch Artillerie und Minen ein Angriff von unserer Infanterie mit Umsicht und Schärfe zu vollem Erfolg durchgeführt. Im Sturm wurden in 2600 Meter Breite und 800 Meter Tiefe gewonnen. 21 Offiziere und 837 Mann sind gefangen, 20 Kanonen erbeutet und ein Minenwerfer als Beute eingeleitet. Unsere Verluste sind gering; der Feind erlitt die bei nutzlosen Gegenangriffen, die er am Abend und früh gegen die ihm entzogene Stellung führte.

Auf dem Westufer der Mosel wurden bei Vorstoß von Erkundungsführern 44 Gefangene meist aus der französischen Linie zurückgebracht.

Bei Tage und bei Nacht war die beiderseitige Tätigkeit reger. Die Segner verloren im Aufsturm, die Flugabwehrkanonen und Infanteriefeuer ließen Flugzeuge.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Zwischen Döber und Döber war bei Schneesturm nur in wenigen Abschnitten die Gefechtsaktivität lebhaft. An der Bystrzyca-Solominska wiesen unsere Vorposten westlich von Borohodjany einen russischen Angriff ab.

An der

Front des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Tauchbootkrieg.

Ein Marinebefehl des Kaisers.

Berlin, 15. Febr. (W.B.) Das Marineverordnungsblatt vom 15. Februar veröffentlicht folgenden Befehl des Kaisers:

An meine Marine!

In dem bevorstehenden Entscheidungskampfe fällt der Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der

graben mit dem alten Jahr und wie beglückend fängt das neue für uns an! Ich halte dich in meinem Arm, wie ich es mir in meinen seligsten Träumen vorgestellt habe, und nun lasse dich küssen, Geliebte.

Sie schloß die Augen, legte die Arme um seinen Hals und ließ sich küssen von ihm, der ihres Herzens Seligkeit war.

„Nun hast du eine Heimat, meine Inge, bei mir —“ flüsterte er, und sie nickte und barg ihren Kopf an seiner Brust.

„Und nun wirst du bald mein geliebtes Weib. Doch als meine Braut mußt du auf die Bühne verzichten“, sagte er ernst.

„Was tue ich nicht alles für dich“, entgegnete sie innig. „Wie du willst, so füge ich mich.“

Er zog von seinem kleinen Finger einen köstlichen Brillantring und schmückte ihre Hand damit.

„So, mit diesem Ring fessele ich dich an mich, und keine Macht der Welt soll mir dich entreißen“, sagte er feierlich.

Ein ängstlicher Zug glitt über ihr Gesicht.

„Dieterich, denkst du an deine Eltern? Ich weiß durch die Baronin, daß deine Mutter andere Pläne mit dir hat.“

„Lasse das deine Sorge nicht sein, mein Liebling. Hab' mich lieb und bleibe mir treu, das ist mir die Hauptsache, und um das andere kümmere dich nicht! Ich werde die Schwierigkeiten überwinden.“

Laufend hob sie da den Kopf.

„Still du, ich glaube, man kommt! Geh jetzt, Liebling, und lasse mich einen Augenblick allein, ich mag jetzt keine anderen sehen, sorge dafür.“

„Aber nicht ohne Abschied“, und wieder küßte er sie, bis sie ihn endlich sanft von sich drängte.

Nur zögernd folgte er ihrem Wunsch. Er konnte sich nicht von ihr trennen; aber näher kommende Stimmen ließen ihn vorsichtig sein und den Ausgang durch eine andere Tür nehmen.

Inaebora war allein. Sie hatte beide Hände auf

Ihr Herz gedrückt. „Wie bin ich doch glücklich! Mein Gott, wie danke ich dir“, flüsterte sie.

Siebentes Kapitel.

Der junge Offizier verhehlte sich keineswegs, daß sich seiner Verbindung mit der schönen Künstlerin große, ja kaum zu überwindende Schwierigkeiten entgegenstellen würden. Vorläufig kümmerte ihn das aber wenig, ihn beglückte vor allem der Gedanke: sie ist dein, die Schranken zwischen euch sind gefallen und in welcher Weise! Fast meinte er noch den seligen Schreck zu spüren, als er ihre weichen Lippen so unvermutet auf seiner Wange fühlte, und er das holde Geschöpf an seinem Herzen hielt.

Vor Freude und Erregung hatte er kaum in der Nacht schlafen können, und am Neujahrsmorgen war er auch schon verhältnismäßig früh auf. Es war ein frostklarer, blendender Wintertag.

Voll froher Laune sah Dieterich die eingelassenen Briefe durch, bis er auf ein Schreiben seiner Mutter stieß; er las es, runzelte ärgerlich die Brauen und warf es beiseite. Daß sie ihm mit diesen alten Geschichten kommen mußte! Sehr deutlich hatte sie ihm in dem Neujahrsbriefe zu verstehen gegeben, wie sie es für nötig halte, daß er bald und ernstlich an eine Heirat denke, und sie müsse ihm wiederholen, daß nach ihrer Ansicht keine andere so gut zu ihm passe, wie Valerie Bleitenbach.

„Reinst du, liebe Mutter?“ dachte er. „Da kenne ich doch eine andere.“ Und bei dem Gedanken an Inge kam die große Sehnsucht über ihn, sie wiederzusehen.

Er warf seinen Mantel über, bestellte in einem Blumengeschäft ein kostbares Arrangement und ging nach der Straße, in der sie wohnte. Vielleicht fügte es der Zufall, daß sie sich begegneten. Es war aber nicht so. Einige Male ging er auf der andern Seite auf und ab und blickte nach den Fenstern, sie waren durch Stores verhüllt und reich mit Blumen geschmückt. Endlich ging er, kurz entschlossen, vor ihre Wohnungstür. Auf

sein Klingeln öffnete ihm ein hübsches, adrett gekleidetes Stubenmädchen.

„Das gnädige Fräulein ist ausgegangen. Gehtes Fräulein empfangen überhaupt nicht“, fügte mit einem misstrauischen Blick auf seine Uniform hinzu.

Er lächelte amüsiert.

„Na, meine Karte werden Sie aber wohl geben, nicht wahr?“

Das hätte er sich ja wohl denken können; er war wie abgeschlossen Ingeborg in ihrer Wohnung hieß.

So war es mittlerweile zwölf Uhr geworden. rief einen vorbeifahrenden Taxameter an und fuhr Frau von Franzius. Diese war soeben von einem kleinen zierigen heimgekommen und stand noch im Hausmantel da.

„Grüß Sie Gott, Steined. Das nenne ich Ueberraschung.“

Galant küßte er ihre Hand.

„Die Sehnsucht trieb mich her.“

Schelmisch lächelte sie ihn an.

„Wer das glaubt?! Wahrscheinlich werden wieder mal etwas auf dem Herzen haben! So, treten Sie ein und trinken Sie ein Glas Portwein zur Gesellschaft mit, ich bin ganz durchgefroren.“

„Vor allem möchte ich nochmals meine Reue und Wünsche darbringen und mich erkundigen, wie der gestrige Abend bekommen ist.“ Er nahm von dem Wein, der ihm soeben gereicht wurde. „Ich gestatte auf Ihr Wohl —“

„Na, lieber Dieb, nun schießen Sie los und leichtern Sie Ihr Herz; man sieht ja förmlich, schwer etwas darauf lastet.“

„Nein, im Gegenteil, diesmal vorbeigezogen lächelte er, „mein Herz ist so leicht und froh, können es erraten — ich habe mich verlobt.“

„Verlobt? Dieh, Sie treiben doch keinen Scherz mit mir?“ Förmlich erschrocken sah Frau Franzius aus.

mit welchem unser gefäßigster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen ihn seine Verbündeten zu führen durch die Belämpfung der Seebefestigungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Die Unterseeboote in erster Reihe stehen. Ich bin überzeugt, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen sind, auf leistungsfähige und leistungsfreudige Werkstoffe, die im Zusammenwirken mit allen anderen Kampfmitteln der Marine und getragenen vom Geiste, der sie im Verlauf des Krieges zu glänzenden Taten befähigte, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird.

Großes Hauptquartier, 1. Februar 1917.

Wilhelm.

35000 Tonnen von einem einzigen Tauchboot versenkt.

Berlin, 15. Febr. (B. A.) Das U-Boot, dessen bisheriger Erfolg vom 9. Februar mit 16000 Tons bekannt gegeben wurde, hat im ganzen 35000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Drei Hilfskreuzer und ein Transportdampfer von einem U-Boot versenkt.

Berlin, 16. Februar. (Z.) Innerhalb 24 Std. wurden von einem U-Boote neuerdings versenkt: Ein Hilfskreuzer von 20000 Br.-Reg.-To., zwei Hilfskreuzer von je 13000 Br.-Reg.-To. und ein Transportdampfer von 1600 To. Insgesamt 51800 Tonnen.

Von den am 13. Februar als versenkt gemeldeten 6 Dampfern und ein Segelschiff von insgesamt 25000 To. wurde ein Dampfer 1000 To. Heu, 1500 To. Weizen, 1000 To. Hafer und ein Dampfer 5000 To. Petroleum nach England.

In Gefangenen wurden eingebracht: Drei Kapitäne, zwei Jagenteure und ein Funkentelegraphist. Zwei von den Dampfern waren bewaffnet.

146 Schiffe in acht Tagen versenkt.

Vom 8. Februar einschließlich, waren bei Lloyd's London Meldungen über den Verlust von 146 Schiffen eingelaufen, die seit dem 1. Februar versenkt oder verunglückt sind.

Amsterdam, 15. Febr. Im Mittelmeer ist das amerikanische Segelschiff „Roman M. Law“ (1300 Tonnen) versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet und in Capriari gelandet. Nach Reuter ist das Schiff von einem österreichischen U-Boot durch eine Bombe in Brand gesetzt worden.

London, 15. Febr. Reuter meldet, daß die britischen Dampfer „A. D. Lambert“ und „Inishowen Head“ (3000 To.) sowie die britischen Fischdampfer „Barnsley“ (144 Br.-Reg.-To.) und „Dale“ (198 Br.-Reg.-To.) versenkt wurden.

Paris, 15. Febr. Die französischen Blätter melden als neu versenkt die englischen Dampfer „Reiberlee“ (4227 Tonnen), „Hess“ (2988 Tonnen) und „Voltaire“ (4000 Tonnen) und die Schiffe „Vibentian“ und „Victoria“. Die französische Regierung beschließt, die zurzeit nur 50% betragende Staatsgarantie für Seevericherungen zu erhöhen. Eine entsprechende Vorlage wird der Kammer zugehen.

Die Neutralen und der U-Boothrieg.

In den fischfahrenden neutralen Ländern beschäftigt sich die öffentliche Meinung naturgemäß weiter lebhaft mit dem U-Boothrieg, im allgemeinen in ruhiger Weise. Überall suchen die Schiffahrtsinteressenten, Needer wie Deutsche, sich gegen das neue Gefahrenrisiko möglichst zu sichern.

Forderungen der dänischen Seelente.

Die dänische Seelenteorganisationen, deren Mitglieder aus Klassen von Schiffsbefehlungen umfassen, beschließen in gemeinsamer Sitzung, für Fahrten nach Amerika und England, da die Gefahren unter den jetzigen Verhältnissen zu groß seien, die Verdoppelung der Unfallversicherungsbeträge sowie der Kriegszulagen zu fordern. Weiter beschließen sie mit Rücksicht auf die Gefahren durch sinkende Minen die gleiche Kriegszulage und Unfallversicherung auch für Inlandsfahrten zu fordern, die bisher für die Nordsee galten.

„Nein, nein, auf Wort! Es drängt mich, Ihnen zu sagen, was vorläufig auch noch nicht offiziell sein kann, und deshalb geheim bleiben soll. Doch Ihnen diese Tatsache zu verschweigen, wäre Unrecht.“

Er lächelte; denn er sah, wie Frau von Franzius brannnte, den Namen seiner Erwählten zu hören; er wollte sie ein wenig quälen, deshalb auch die unumständliche Einleitung.

„Und um so mehr“, fuhr er fort, „um so mehr, da mein Glück bei Ihnen gefunden habe.“ Er machte eine kleine Pause. „Es ist nämlich Inge Roland.“

Da sprang Frau von Franzius auf; sie schien glücklich böse. „Ach, gehen Sie, Dieb, es ist nicht hübsch Ihnen, mich so zum besten zu haben!“

„Aber nein, liebste gnädige Frau —“ er hielt ihre Hand fest und bat: „Hören Sie mich doch ruhig an, es ist so.“ Und er erzählte ihr von seiner früheren Bekanntschaft mit Ingeborg Elguth, und wie er sie dann als gefeierte Künstlerin wiedergefunden, wie seine Liebe immer tiefer geworden sei, und daß Inge nun schönstes Neujahrsgeheim die Seine geworden sei! Auf höchste erstaunt und überrascht hörte sie ihm das hätte sie nimmer gedacht!

„Das ist ja alles recht schön und gut, lieber Dieb, meines Einverständnisses und meines Glückwunsches zu Ihrer Wahl können Sie ja sicher sein? Aber werden Ihre Eltern sagen? Willkommen wird Ihnen diese Schwiegertochter trotz ihrer hervorragenden Eigenschaften nicht sein.“

Davon bin ich auch überzeugt, hoffe aber, daß ich Schwierigkeiten überwinden werde.“

„Sind Sie dessen so sicher?“ fragte die Baronin.

„Schließlich wäre der Widerspruch Ihrer Eltern gar nicht so ungerechtfertigt, eine Künstlerin, eine Dame vom Theater.“

(Fortsetzung folgt.)

Kopenhagen, 15. Februar.

Die Matrosen und Seizer in Kopenhagen und Aarhus verweigern die Anmusterung für Reisen außerhalb Skandinaviens wegen Lebensgefahr; innerhalb skandinavischer Meeren verlangen sie die doppelte Summe in der Unglücksversicherung und zwar 10000 Kronen für Matrosen und Seizer.

Notlage der dänischen Textilindustrie.

Die dänische Textilindustrie steht, der Zeitung „Politiken“ zufolge, vor einer Katastrophe, da der Mangel an Rohstoffen die meisten Betriebe zwingen wird, im Laufe der nächsten beiden Wochen die Arbeit einzustellen. Die Zufuhr an Rohbaumwolle sei schon seit langem so gering gewesen, so daß die Lager jetzt schon vollständig geräumt seien.

Stockholm, 15. Februar.

Infolge des ungeheurnen Unterseeboot-Krieges sind seit dem 2. Februar hier keine englischen Zeitungen eingetroffen.

Englische Erpressung gegen Schweden.

Drei schwedische in England festgehaltene Dampfer wurden von den englischen Behörden gezwungen, ihre Ladung zu lösen. Diese besteht insgesamt aus 16500 Tonnen Chili-Salpeter. Der englische Eingriff bedeutet, nach einer Äußerung des Sekretärs des schwedischen Landwirtschaftsbundes, eine schwere Schädigung für die schwedische Landwirtschaft.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 15. Febr. Der bisherige kommandierende General des Gardekorps Freiherr v. Blettenberg ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt worden.

Oslo, 15. Febr. Reuter meldet amtlich, daß das englische Handelsamt während des Krieges alle Steinkohlenbergwerke des vereinigten Königreichs in seinen Besitz nehmen werde.

Eine kaiserliche Anerkennung.

Berlin, 16. Febr. S. M. der Kaiser sandte anlässlich des Erfolges bei Rippont dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Sr. kaiserlichen Hohheit dem Kronprinzen des Deutschen Reiches folgendes Telegramm:

Führer und Truppen, die bei dem gestrigen Angriff in der Champagne sich durch planvolle Vorbereitungsarbeit und schnelle Durchführung ausgezeichnet und bewährt haben, spreche ich meine Anerkennung und meinen Dank aus. Im Zusammenwirken aller zu demselben Ziel lag dieser, liegt jeder Erfolg. Wilhelm I. K.

Deutsches und Preussisches Wahlrecht.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 15. Februar.

Die gestern begonnenen und heute fortgeführten Beratungen der preussischen Landboten zum Staatshaushalt brachten eine Menge Einzelheiten, wie Staatsberatungen es gemeinhin zu tun pflegen. Aber tumbhoch ragte über die Beschlüsse wegen der Rohlennot und wegen des im Frieden ungewohnten Schmutzes in den Berliner Straßen, mangelnder Parteilichkeit bei Behebung der Beamtenstellen, über die Klagen über das Kinngehen und den Lebensmittelmangel und ähnlichen gewis wichtigen Materien doch die Aussprache über die zukünftige Gestaltung des Wahlrechts für das Preussische Abgeordnetenhause hervor.

Daß eine Reform nach dem Kriege unabweisbar kommen müsse, nicht aber während des Krieges, betonte der Minister des Innern v. Voßmann mit aller wünschenswerten Deutlichkeit nach den die Frage aufrollenden Reden der national-liberalen und konservativen Sprecher. Die Wahlrechtsreform sei ein Teil der mehrschach als unumgänglich dargestellten Neuorientierung der inneren Politik nach Überwindung der Kriegsurteile. Seit 1908 habe die Arbeit für die Neugestaltung der Wahlberechtigung nicht geruht. Aber die zukünftige innere Politik hängt ab von dem Frieden, den wir hoffentlich siegreich erstreiten werden, sagte der Minister. Weder die Regierung noch dieses Haus verkennen, daß der Weltkrieg auch unser inneren nationalen Leben neue Ziele vorschreibt. Mit ein paar neuen Gelegenheiten ist das nicht gemacht. Die Vorlagen für den Wiederaufbau wird die Regierung ohne politische Voreingenommenheit bringen. Preußen ist groß und stark geworden, weil es sich immer den Zeitverhältnissen anpaßte, der Geist seiner Verwaltung und Gesetzgebung ist ein freibeweglicher Geist. Stets hat Preußen es verstanden, seine Anpassungsfähigkeit und damit seine Widerstandsfähigkeit zu erhalten.

Daß der Minister somit in selbstverständlicher diplomatischer Zurückhaltung das Verprechen der Wahlrechtsreform auf sich, ohne die Regierung in irgendeiner Weise zu den Wünschen nach dieser oder jener Seite festzulegen, so äußerten die Parteiredner ihre Ansichten natürlich in zum Teil recht eingehender Weise. Der Nationalliberal Hermann sagte, seine Partei wünsche die Änderung des Wahlrechts alsbald nach dem Kriege. Die Reform werde und müsse eine Verschlebung der Machtverhältnisse im Lande nach sich ziehen. Diese Verschlebung werden nicht ohne Kampf vor sich gehen, aber die Kriegssituation soll nicht damit belastet werden. Desto bestimmter müsse man auf der Forderung bestehen, unmittelbar nach dem Friedensschluß ans Werk zu gehen.

In groß angelegter Art entwickelte darauf für die Konservativen der Abgeordnete v. d. Osten den Standpunkt seiner Partei. Daß er dabei zahlreiche Störungen und erregte Zwischenrufe der äußersten Linken zu überwinden hatte, versteht sich von selbst. Herr v. d. Osten erklärte, seine politischen Freunde hätten niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie gewisse Mängel im geltenden Wahlrecht anerkennen. Aber die Übertragung des Wahlrechts für den Deutschen Reichstag auf Preußen, die gleiche, allgemeine und geheime Wahl werde dem preussischen Volk nicht zum Segen gereichen. Wir halten es für wünschenswert, fuhr Abg. v. d. Osten fort, unser Wahlrecht in der Richtung zu ändern, daß der Mittelstand, gewisse Kreise der Intelligenz und des Groß- und Kleingewerbes mehr als bisher an den Verhandlungen des Landtages teilnehmen können. Meine politischen Freunde sind bereit, in diesem Sinne nach dem Kriege mit allem Ernst an dieser Frage mitzuarbeiten. Wir meinen, daß der Grundbaß „Wahlrecht nach Leistung“ in dem neuen Wahlrechtsgeheimt eine eingehende Vertretung finden muß. Wir haben die Pflicht, an eine Entwicklung in unserem Sinne zu glauben, und wir lassen uns durch das Schlagwort vom allgemeinen Wahlrecht nicht täuschen. Wir halten dafür, daß dem alten preussischen Grundbaß: Jedem das Seine, mehr als bisher auch in politischer Beziehung Geltung verschafft wird. Die Surse der äußersten Linken scheinen anzudeuten, als ob nach dem Kriege unseren Soldaten gewissermaßen als Belohnung, als Geschenk das allgemeine geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gegeben werden müßte. Es ist keine würdige Auffassung, wenn man glaubt, daß unsere Krieger für nichts Besseres ins Feld gezogen sind als für das gleiche Wahlrecht. Deutschlands Krieger sind ins Feld gezogen zur Wahrung von Deutschlands Ehre und zum Kampf für Deutschlands Leben. Sie wissen alle genau, daß jetzt nicht das allgemeine Wahlrecht zur Entscheidung steht, sondern die Frage, ob Deutschland den englischen Anforderungen gegenüber fernerhin am Leben bleiben soll oder nicht.

Der lebhafteste Beifall der rechten Seite des Hauses nach diesen Ausführungen wurde nach unterirdischen durch die Worte des freikonservativen Redners Freiherr v. Seibitz, der gegenwärtig an Stelle des durch anderweitige Aufgaben für

mehrere Wochen verhinderten Vizepräsidenten Dr. Worf vom Zentrum als Ersatzpräsident an der Leitung des Hauses teilnimmt. Er legte zunächst entliehene Bemerkung ein gegen Bestrebungen, die im Reiche ein parlamentarisches System schaffen und die bundesstaatliche Verfassung des Reiches einschränken wollen. In den Rechten des Bundesrates dürfte nicht gerüttelt werden. Auch Herr v. Seibitz hält die Neuordnung des preussischen Wahlrechts während des Krieges nicht für möglich. Die Reform müsse aber unmittelbar nach Friedensschluß erfolgen. Die Bereitwilligkeit, fuhr Abg. v. Seibitz fort, die der Abg. von der Osten hierfür zum Ausdruck brachte, hat uns mit Freude erfüllt. Das gleiche Wahlrecht ist für Preußen ungeeignet. Das Volk steht jetzt nicht sein Leben ein, damit Preußen ein Wahlrecht bekommt, das für die Eigenart des preussischen Staates sich nicht eignet. Die großen Machtfragen werden im Reiche entschieden, und da mag das gleiche Wahlrecht am Platze sein. Preußen aber mit seinen kulturellen Aufgaben braucht ein abgestuftes Wahlrecht nach dem wirklichen Gewicht der einzelnen Stimmen.

Mit diesen grundlegenden Erklärungen dürfte sich ungefähre ein Ausblick eröffnen, wie sich die Aussichten des kommenden neuen Wahlrechts in Preußen gestalten werden. Eine vollständige und klare Beurteilung wird sich natürlich erst dann ermöglichen, wenn der siegreiche Frieden errungen ist und damit die Pläne der Regierung der Öffentlichkeit bekannt werden.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Zwecklose Gesuche um Überlassung von Waren. Bei der Kriegswirtschafts-Altiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbefehlungsstelle laufen täglich aus allen Teilen des Reiches Gesuche von Fabrikanten, Großhändlern und Kleinbäckern von Weizen, Getreide und Strichwaren um Unterteilung von Waren aus ihren Warenlagern ein. Alle diese Gesuche müssen aus grundsätzlichen Gründen abgelehnt werden, weil die Kriegswirtschafts-Altiengesellschaft nur an bestimmte Verbände Waren abgibt. Bei der Menge der einlaufenden Gesuche von Einzelpersonen ist eine Beantwortung nicht möglich; die vielen unnötigen Anträge, die von vornherein keine Aussicht auf Beantwortung haben, erschweren den ohnehin schon umfangreichen Geschäftsbetrieb der Kriegswirtschafts-Altiengesellschaft erheblich. Die beteiligten Kreise werden deshalb erneut darum gebeten, ausichtslos persönliche Gesuche um Warenzuweisung zu unterlassen.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 17. Februar 1917.

Vom Weltkrieg 1915/16.

17. 2. 1915. Die Küssen werden von den Österreichern ganz aus der Bukovina verdrängt. — 1916. Befreiung der Eisenbahn- und Telegraphenlinien in Thessalien durch die englisch-französischen Truppen.

1900 Philosoph Giordano Bruno als Ketzer verbrannt. — 1873 Kolläre gest. — 1819 Mar Schnedenburger, Dichter der „Wacht am Rhein“, geb. — 1823 Generalfeldmarschall Graf Kleist v. Rollendorf gest. — 1827 Bädagog Johann Heinrich Pestalozzi gest. — 1854 Großindustrieller Friedrich Alfred Krupp geb. — 1858 Heinrich Heine gest. — 1867 Österreichisch-ungarischer Verfassungsausgleich. — 1912 Österreichischer Minister des Äußeren Alois Graf Bega v. Khevenhuller gest.

□ Briefe nach Südwesafrika. Immer wieder werden Klagen laut, daß Briefe an deutsche Zivilpersonen in Südwesafrika den Empfänger nicht erreichen. In der Hauptsache wird dies darauf zurückzuführen sein, daß für die Beförderung solcher Briefsendungen nicht der richtige Weg gewählt wird und bei der Auffahrt und der Abfahrt der Briefe die von den englischen Zensurbehörden erlassenen Bestimmungen nicht beachtet werden. Im nachstehenden werden daher die bei solchen Sendungen zu beachtenden Vorschriften nochmals zur Kenntnis gebracht. Die Briefe müssen mit Tinte in lateinischer Schrift geschrieben sein. Sie dürfen nicht mehr als zwei Seiten lang sein und keine Anspielungen auf kriegerische oder politische Ereignisse enthalten. Briefe mit deutschen Schriftzeichen lassen die britischen Behörden nicht zu. Auf dem Briefumschlage und dem Briefe selbst ist der volle Name und die genaue Adresse des Absenders zu vermerken. Die Briefaufschrift hat wie folgt zu lauten: Name Wohnort im Schutzgebiet Military Protectorate South-Africa by the Chief Civil Secretary at Windhuk. Briefe, welche in der Aufschrift den Vermerk „Deutsch-Südwesafrika“ tragen, werden von der englischen Zensur nicht weitergeleitet. Ein unmittelbarer Verkehr mit Südwesafrika ist nicht möglich. Die Briefe müssen deshalb zur Weiterbeförderung an das Internationale Friedensbureau in Bern (Schweiz), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf (Schweiz) oder das Rote Kreuz, Abteilung für Gefangenensachen, in Frankfurt a. Main, Zeit 114, gesandt werden. Zur Dedung der Postkosten ist ein internationaler Antwortschein beizufügen, der bei jedem Postamt käuflich zu haben ist.

* Das Eisene Kreuz erhielt der Gefreite Willi Schnell-Herborn.

Niederlahnstein. Die Leiche der am Samstag bei der versuchten Rettung ihres im Eise eingebrochenen Kindes ertrunkenen Frau Oberleutnant Krüger wurde auf dem Grunde der Lahn gefunden und geborgen. Die Frau liegt in den geschlossenen Händen die Knie ihres verunglückten Sohns. Die Leiche des Knaben ist noch nicht gefunden worden.

Erbach i. O. Graf Eberhard zu Erbach-Erbach, der zweite Sohn der Gräfin Arthur von Erbach-Erbach, ist auf dem Bahnhofs Kronstadt (Siebenbürgen) bei einem Unfall ums Leben gekommen. Der Berufsladte, der im 30. Lebensjahre stand, war Oberleutnant im Großh. badischen Leibdragoner-Regt. 20 und hier Führer einer Nachrichtenabteilung. Die Todesnachricht wurde dem hiesigen gräflichen Hause durch den Großherzog von Baden persönlich auf telegraphischem Wege übermittelt.

Alsfeld. Das städtische Gaswerk stellt wegen Rohlenmangels vom nächsten Dienstage ab die Stromlieferung für elektrische Beleuchtung ein.

Kassel. Für den Regierungsbezirk Kassel ordnete die Regierung an, daß während des Winters 1917 zur Ersoarnis von Heizung und Beleuchtung der Unterricht erst morgens um 8 1/2 Uhr zu beginnen hat und daß an den späten Nachmittagsstunden der Unterricht ausfällt.

Alten. Die Stadtküche erstreckt sich jetzt wachsender Bedeutung. In dieser Woche ist ein Zuwachs von 10000 Teilnehmern zu verzeichnen, so daß in nächster Woche 44000 Personen an der Speisegemeinschaft teilnehmen werden. Der Grund liegt wohl in dem Mangel an Kartoffeln.

Würzburg. Die großen Malschiebungen in Bayern haben bereits 400 Prozesse gezeitigt. In Unterfranken sind auch viele Bauern in die Sache verwickelt.

Öttingen. Auf dem hiesigen Osterbahnhof erschlug ein russischer Kriegsgefangener, als er wegen Widersehligkeit eine Zurechtweisung erhielt, den Landsturmwart Kulle mit einer Gade. Dann versuchte sich der Russe zu entleiben, wurde aber, nachdem er noch einen Bahnbeamten zu erschlagen versucht hatte, nach heftiger Gegenwehr überwältigt und gefesselt.

O Schwindel mit Lebensmittelfarten. In Dresden ist durch Verhaftung einer Bande junger Burken ein großer Schwindel mit Lebensmittelfarten aufgedeckt worden. Die Burken fälschten Ausweis-papiere, verschafften sich Brot- und Lebensmittelfarten und verkauften diese in großem Maßstabe. Brotkarten kosteten z. B. zwei Mark das Stück, und die Schwindler erzielten Tageseinnahmen bis zu 60 Mark. Auch gegen die Abnehmer schwebt eine Untersuchung.

O Gerards Neffe. Als der amerikanische Botschafter Gerard zum letzten Male von Amerika nach Berlin zurückkehrte, brachte er einen seiner Neffen, den etwa zwanzig-jährigen Mr. Engel, mit. Dieser hoffnungsvolle junge Mann hat es in Berlin in der Zeit von zwei Monaten fertig gebracht, über 100 000 Mark Schulden zu machen. Man entdeckte dann plötzlich, daß er geistig nicht normal sei, und brachte ihn in einem Sanatorium unter. Jetzt hat er mit dem Botschafter Berlin verlassen.

O Ein Beitrag zum Kapitel des Kleingeldmangels. In Mannheim übernahmen es, da gegenwärtig wegen des Kohlenmangels die Schulen geschlossen sind, vor kurzem die Volksschullehrer, die rüchständigen Gasautomaten zu entleeren. Das Ergebnis war überraschend. Es wurden rund 180 000 Mark, also 1 800 000 Beihpennigstücke, dem freien Verkehr zurückgegeben.

O Ein Techniker als Erster Bürgermeister gewählt. Wohl zum erstenmal in Preußen hat ein größeres Gemeinwesen einen Techniker an seine Spitze gestellt. Die rund 100 000 Einwohner zählende oberhessische Industriestadt Korbach hat den Stadtbaurat Brehl zum Ersten Bürgermeister gewählt. Im Großherzogtum Baden war bereits ein Techniker Oberbürgermeister (Lander in Karlsruhe), ebenso war der Oberbürgermeister von Gießen, der spätere Finanzminister Knauth, Techniker.

131 Millionen Pfund Fleisch dem Verderben ausgesetzt. Wie russischen Blättern aus Tomsk in Sibirien gemeldet wird, lagern gegenwärtig auf den sibirischen Eisenbahnstationen über 4 Millionen Pud (131 Millionen deutsche Pfund) Fleisch. Da es unter freiem Himmel aufgeschapelt ist und ein Abtransport infolge der Verkehrsstockungen unmöglich erscheint, werden, wie man annimmt, die wertvollen Nahrungsmittel beim ersten Taupetter dem Verderben ausgesetzt sein. Zum Transport dieser großen Fleischmassen wären mindestens 5000 Waggons erforderlich.

Eine sonderbare russische Kriegsverdienstmedaille. Der Zar ordnete die Einführung einer besonderen Auszeichnung für Militärpersonen, die unter erscheidenden Gasen der Deutschen gefallten haben, an. Die Auszeichnung besteht in einer Medaille in Gold oder Silber für Offiziere, in einem roten Abzeichen für die gemeinen Soldaten.

Papiermangel in Frankreich. Zur Erzielung von Exportziffern an Papier sollen, wie das französische Ministerium des Innern bestimmt, die französischen Tageszeitungen vom 15. Februar an zweimal in der Woche mit beschränkter Seitenzahl erscheinen.

Ein fünfjähriger Schachmeister. In Warschau erregt zurzeit ein fünfjähriger Schachmeister großes Aufsehen. Der Knabe, der Rajewski heißt, zeigt im Spiel ungewöhnliche Begabung. Kürzlich spielte er mit dem bekannten Schachmeister Rubinsin einige Partien.

Der Schiffsverkehr auf dem Panamakanal. Die amerikanischen Behörden veröffentlichten kürzlich statistische Angaben über das vom 14. August 1915 bis zum 14. August 1916 reichende zweite Betriebsjahr des Panamakanals. Während dieses Zeitraumes benutzten den Kanal 780 Schiffe von einem Gesamttonnage von 2 449 763 Tonnen und mit 3 122 508 Tonnen Ladung. Im ersten Jahre waren es 1317 Schiffe mit einem Gesamttonnage von 4 598 644 Tonnen und 5 909 105 Tonnen Ladung gewesen. Der Schiffsverkehr auf dem Kanal beträgt also in diesem zweiten Geschäftsjahr nur 59% des vorjährigen, was die Zahl der Schiffe betrifft, 53,8%, was den Schiffsraum, und 52,8%, was die Ladung angeht. Dementsprechend brachten die Durchfahrtsgebühren, die im ersten Jahre 5102 063 Dollar eingetragen hatten, im zweiten nur 2 309 618 Dollar, das sind 45,8% der Einnahmen des ersten Betriebsjahres. Die Abnahme des Schiffsverkehrs wird zurückgeführt auf die Erdstürze, die sieben Monate lang, vom 18. September 1915 bis zum 15. April 1916, die Schließung des Kanals herbeiführten; während dieses Zeitraumes wurden nur 21 Schiffe mit nicht großem Schiffsraum zur Durchfahrt zugelassen.

Amerikanischer Besuch bei Kipling. Englische Blätter erzählen ein Gespräch, das den „großen“ Rudyard Kipling zum leidenden Helden hat. Der berühmte Imperialist, der im Laufe des Krieges einer der grimmigsten Deutschenfeinde geworden ist, saß in seinem Arbeitszimmer, als plötzlich, ganz bestürzt und außer sich, sein Diener hineinsprang und hinter ihm her, wie die wilde Jagd, drei fremde Besucher, denen man auf hundert Schritte die Amerikaner ansah, ein Gentleman mit seinen beiden Söhnen, in die Stube stürzten. Ohne sich lange bei einer Vorrede aufzuhalten, fragte das Haupt dieses Vanketterzettes: „Sind Sie der Rudyard Kipling?“ — „Ja wohl.“ — „Jungen, das ist der Rudyard Kipling.“ — „Schreiben Sie immer hier?“ — „Ja wohl.“ — „Ihr hört es, Jungen: hier schreibt er immer... Gehört Ihnen dieses Haus?“ — „Ja wohl.“ — „All right. Danke schön.“ Und bevor sich Kipling noch von seinem Erstaunen erholen konnte, waren die Boys und der Papa wieder verschwunden.

Vernünftige Kaninchenzucht.

Es ist bedauerlich, daß die Zucht von Wirtschaftskaninchen, deren Segen, je schwieriger sich die Erzeugung von Großschlachtwild gestaltet, immer heller hervortritt, auch heute noch von den Bestrebungen wirtschaftlich ganz wertloser Sportzüchteren beeinträchtigt wird. Aller Vorsehung um unsere Ernährung zum Trotz drängt sich immer wieder der rein sportliche Charakter der Kaninchenzucht in den Vordergrund mit dem mehr oder minder unverständlichen Ziele, die „Kassetiere“ zu „Kassetiere“ pressen an die Schlachtkaninchenzüchter und -Halter, denen man sogar noch vermehrt eine das ganze Reich umfassende Kleintierversicherung das Risiko des Sportsuchtumweilens aufbürden

will, zu verkaufen. Dadurch werden aber die ohnehin schon sehr hohen Kaninchenpreise noch weiter in die Höhe getrieben, und es wird obendrein die Erzeugung von Kaninchenfleisch bei der bekannten geringen Widerstandsfähigkeit der über- und verzüchteten Rassen aufs äußerste gefährdet, da die unausschließlichen Fehlschläge auf weite Kreise abschwelend von jeglicher Kaninchenhaltung überhaupt wirken müssen. Für jeden Einsichtigen ist es selbstverständlich, daß der Spielerei, die bisher mit allen lediglich auf Zeichnung gezüchteten Rassen“ (s. B. den sogenannten „Holländerkaninchen“, bei denen nach den vom Landesverband Preussischer Kaninchenzüchter herausgegebenen Bestimmungen von 100 Bewertungspunkten nicht weniger als 60 allein auf Zeichnung entfallen), sowie mit den kaum noch fortpflanzungsfähigen, in Futter und Pflege übertrieben anspruchsvollen Rassen getrieben worden ist, sofern ihr unter der gegenwärtigen Lage überhaupt Existenzberechtigung zugebilligt werden kann, keineswegs eine Förderung durch amtliche Stellen und öffentliche Mittel zuteil werden darf. Sehr zu begrüßen ist deshalb ein Erlaß des preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der sich erneut ganz entschieden gegen die Auswüchse der Sportsucht richtet und die Landwirtschaftskammern ersucht, während des Krieges nur den zu Schlachtwedern geeigneten mittelgroßen und einfarbigen Wirtschaftskaninchenrasen Förderung zuteil werden zu lassen und zu diesem Zwecke allgemeine Kaninchenausstellungen für größere Bezirke während des Krieges keinesfalls zu unterstellen. Vielmehr sollen die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen nur Schauen mehr örtlichen Charakters fördern, mit denen unter Umständen Kaninchenmärkte sowohl für zur Mast oder zur Zucht bestimmte Jungtiere als auch schlachtreife Masttiere verbunden werden könnten. Durch öffentlichen Verkauf der letzteren sowie von Kostproben dürfte es vielfach möglich sein, das allgemeine Interesse und Verständnis für Kaninchenfleisch als Nahrungsmittel dauernd zu wecken. Bei den örtlichen Ausstellungen wird auch von der Erhaltung fruchtbarer Eisenbahnbeförderung abgesehen werden können, was mit Rücksicht auf die überaus starke Inanspruchnahme der Eisenbahn und ihres Personal-mangels dringend geboten ist. Die endgültige Stellungnahme zur Frage hat sich der Landwirtschaftsminister noch vorbehalten, bis es möglich sein wird, die vielfachen und wertvollen, gerade jetzt so sammelnden Erfahrungen dabei voll auszunutzen. Daß die vorstehend für die Kaninchenzucht betonten Gesichtspunkte des gemeinwirtschaftlichen Nutzens auf das Ausstellungs- und Mastwesen der Geflügelzucht entsprechend Anwendung finden werden, darf nach den Lehren des Krieges mit Sicherheit angenommen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Lebensmittelversorgung.

Am Montag, den 19. Februar Verkauf von Butter gegen Abtrennung des Abschnitts Nr. 3 der roten Fettkarten bei Mag. Biscator und des Abschnitts Nr. 2 der gelben Fettkarten bei Friedrich Krimmel. Auf jeden Abschnitt werden 30 Gramm ausgegeben.

Jeden Abend von 5—7 Uhr Verkauf von Springen in der Turnhalle.

Für den Petroleum-Verkauf gilt für nächste Woche Nr. 5 des Bezugsscheins.

Herborn, den 17. Februar 1917.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) und der §§ 6, 12 und 13 der Alterschöpfen Verordnung vom 20. September 1887 über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen (G. S. S. 1529) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks unter Aufhebung der diesseitigen Polizeiverordnung vom 15. Juni 1887 (Reg.-Anst.-Blatt Nr. 25, S. 522) folgendes verordnet:

§ 1. Alle bereits abgestorbenen Obstbäume, sowie die dürren Äste und Aststumpfen an noch nicht abgestorbenen Obstbäumen sowohl in Gärten, als in Feldern, sind seitens deren Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, welchen die Verfügung über dieselben zusteht, in jedem Jahre bis zu dem in § 3 festgesetzten Termine zu entfernen. Das dürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort und Stelle zu verbrennen.

§ 2. Zur Verhütung der Insekten- und Pilzvermehrung sind beim Abschneiden der dürren Äste und Aststumpfen der Obstbäume stets

a) alle Sägeschnittwunden von 5 cm Durchmesser und darüber mit Steinkohlenteer oder einem anderen Mittel zu verbeden;

b) die am Stamme und an älteren Ästen durch Frost, Nagergeräthe, Vieh usw. hervorgerufenen Seitenwunden mit Steinkohlenteer oder sonst einem geeigneten Mittel zu verstreichen;

c) die vorkommenden Astlöcher von dem moedigen Holze zu reinigen und so auszufüllen (beispielsweise mit einem Gemisch von Lehm und Teer), daß das Wasser nicht mehr eindringen kann.

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 genannten Arbeiten sind sobald als möglich, längstens aber zum 1. März des auf das Bemerklichwerden des Schadens folgenden Jahres auszuführen.

§ 4. Zuwiderhandlungen unterliegen zufolge des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 der daselbst vorgesehenen Strafe bis 150 Mark oder entsprechender Haft.

Wiesbaden, den 5. Februar 1897.

Der königliche Regierungspräsident.

J. B.

gez.: Frhr. von Reischwig.

Vorstehende Polizeiverordnung wird hiermit zur Kenntnisnahme und Beachtung seitens der Interessenten veröffentlicht.

Herborn, den 16. Februar 1917.

Die Polizei-Verwaltung:

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Ein trächt. Mutterichwe

Im März zum zweiten Male werfend, zu verkaufen bei W. Knapp, Mademühlen (Dillenburg).

Hub- und Brennholz-Verkauf.

Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr kommt das nachverzeichnete Holz aus dem Gemeindefeld im Gung'schen Saale dahier aus den 4b Rothfelsen, 5a und 5b Stüben, 9b, 10 und 11a Grund zum öffentlichen Ausgebot:

38 Eichenstämme mit 15,98 Festm.

(darunter einige Schneidestämme)

10 Buchenstämme mit 8,34 Festm.

201 Nadelholzstämme „ 101,77 „ (mit 1/2 m Stüben)

(sehr schöne Schneidestämme)

161 Fichtenstangen 1r—8r Klasse,

285 „ „ 4r—5r „

3 Rm. Eichen-Rußholz (1,2 m lang)

44 „ Kiefern-Rußholz (2 m lang)

44 „ Eichen-Brennstoff und Knäppel

14 „ Kiefernknäppel 1r Klasse

148 „ Buchen-Brennstoff und Knäppel

21 „ Kiefernknäppel 1r Klasse

68 „ Kiefern-Brennstoff und Knäppel

6 „ Kiefernknäppel 1r Klasse.

Das Rußholz wird zuerst verkauft.

Sinn, den 14. Februar 1917.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Hubholz-Versteigerung

Das in den hiesigen Gemeindefeldern gefällte Holz einschl. 25 Zentimeter Durchmesser soll unter einem schriftlichen Angebots in 2 Losen, schönes Fichtenholz und Grubenholz, vergeben werden.

1. Los etwa 110 Festmeter Kiefern und Fichtenholz einschl. 25 Zentimeter Durchmesser und Knäppel.

2. Los etwa 210 Fichtenstangen 1. Klasse und 2. Klasse einschl. 25 Zentimeter Durchmesser etwa 50 Festmeter.

Ankunft erteilt Förster Henz. Angebote müssen bis 1. März nachmittags 2 1/2 Uhr eingegangen sein, die Öffnung der Angebote erfolgt.

Herborn, den 16. Februar 1917.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Siegener Privat-

Handels-Schule

Siegen, Burgstrasse.

Unterricht in allen kaufmännischen Fächern, in Schön-, Rund- und Zierschrift. Ausbildung in Stenographieren und Maschinenschreiben.

Das neue Schuljahr beginnt am Montag, den 17. April.

Die Aufnahme ist am Montag, den 16. April, von 10 Uhr. Die Anmeldung wolle man möglichst an die Schulleitung gelangen lassen; von ausführliche Prospekte kostenlos zu haben.



Grab-Denkmal

in allen Steinarten: Marmor, Granit, Syenit.

Grabkreuze u. Gelände

liefert prompt in sauberer Ausführung

Louis Freimüller, Siegen

Wegen Erkrankung meines Sohnes, ein braves, sauberes

Mädchen

sofort gesucht.

Frau Franz Lehr,

Bahnhofstraße 1.

Wirt-Veren.

Dieserigen Kollegen, welche

Angehörige im Felde

haben, werden ersucht, deren

genaue Adresse zwecks Ueber-

sendung von Liebesgaben

dem Vorstand anzugeben.

Allerbeste Verpflegung

Anden Schöller im Schöllerheim

Pädagogium Glessen (Ob.-Hess.)

Nordanlage 11. Telefon

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.

1111.